

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Kurs für Nachgelieferte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat Juni 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.  
Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Gültigkeitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 60 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Überschriften 10 Pfg. Zusam. Aufträge gegen Vorbezahlung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:  
Marie-Annen-Str. 38-42.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Moscicki zum Präsidenten gewählt.

### Entscheidung beim zweiten Wahlgange: Moscicki 281, Bninski 200 Stimmen.

#### Neue Arbeiterentlassungen bei Junkers. — Clash gegen den Polizei-Bericht über seinen angeblichen Hochverrat.

### Die zweite Wahl in Warschau. Entscheidung erst im 2. Wahlgang.

(Durch Funkgespräch.)

Warschau, 1. Juni. Bei der Präsidentenwahl im Sejm erhielten im ersten Wahlgang: Moscicki 215 Stimmen, Bninski 211, Marek 56. Außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben. Infolgedessen ist ein zweiter Wahlgang notwendig.

Im 2. Wahlgang erhielten Stimmen: Moscicki 281, Bninski 200; Marek erhielt eine Stimme. Außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben. Moscicki ist somit zum Staatspräsidenten gewählt.

Die Vereidigung des neuen Staatspräsidenten Moscicki wird, wie zuverlässig verlautet, heute abend um 6 Uhr stattfinden.

### Militärzensur für Ferngespräche in Warschau.

Danzig, 1. Juni. Seit gestern ist für Ferngespräche in Warschau die Militärzensur wieder eingeführt. Berichterhalter deutscher Zeitungen wurden wiederholt in ihren Telefongesprächen unterbrochen und zum Gebrauch der polnischen Sprache aufgefordert. Verschiedene derartige Gespräche sind einfach getrennt worden, obwohl der ganze Verlauf des gestrigen Tages in Warschau keinerlei Rechtfertigung für derartige Maßnahmen bietet. (W. T. N.)

### Forksehung der Inflation in Polen.

Berlin, 1. Juni. Wie aus Warschau gemeldet wird, hat der Finanzminister alle Mitglieder des Verwaltungsrats der Staatlichen Landwirtschaftsbank wegen Bekämpfung ihres Amtes entbunden. Der Departementsdirektor im Finanzministerium, Roszkiewicz, wurde zum Präsidenten der Landwirtschaftsbank ernannt. — Der Finanzminister hat ferner auf Grund des Gesetzes vom 15. Juli 1925 die Ausgabe der 11. Serie von Staatskassenscheinen in Höhe von 30 Millionen Lotys angeordnet. Der bisherige Weg einer Inflation durch die Ausgabe kleiner Geldscheine wird dadurch fortgesetzt.

### In Polen wird weiter „liquidiert“.

Wie das „Posener Tageblatt“ meldet, hat das polnische Liquidationskomitee den Beschluss gefasst, das dem Evang. Verein für Seelsorge in Polen anhängige Grundstück mit den darauf errichteten Seimen in Tomowo zugunsten des polnischen Staates zu liquidieren.

bieren. Der Evang. Verein für Seelsorge wurde im Jahre 1900 gegründet, um an den Seiden leibliche und geistige Fürsorge zu üben. Aus den sechs Seiden des ersten Arbeitsjahres sind heute 44 geworden. Nationale Unterziehe wurden nie gemacht; es sind auch polnisch-katholische Seide aufgenommen und jahrelang verflochten worden. Nun steht sich auch dieses Werk christlicher Liebe von dem Zugriff der Staatsgewalt bedroht, die wie blind gegen ihr eigenes Interesse wütet, indem sie dem selbstlosen Wirken christlichen Brüderdienstes immer neue Hindernisse in den Weg stellt.

### 3388 Gemeinden mit deutscher Mehrheit in der Tschechei.

Auf Grund der Wahlen in das Abgeordnetenhaus der Tschecho-Slowakei kann festgestellt werden, daß in 3388 Gemeinden nicht eine einzige tschechische Stimme abgegeben wurde. In 1795 Gemeinden wurden nur bis 10 Prozent, in 305 Gemeinden 20 Prozent, in 221 Gemeinden 30 bis 40 Prozent und in 85 Gemeinden unter 50 Prozent tschechische Stimmen gezählt, so daß 3388 Gemeinden eine deutsche Mehrheit haben. Es gibt wohl keinen besseren Beweis dafür, daß die Deutschen dieses Staates ein geschlossenes Ganzes bilden.

### Die Randstaaten und das russische Paktangebot.

Moskau, 1. Juni. Das lettische und das estländische Außenministerium haben am Montag den Vertretern Sowjetrusslands ihre Antwort auf die letzten Vorschläge Rußlands über einen Neutralitätsvertrag übermittelt. Der Wortlaut beider Antworten ist völlig gleichlautend abgefaßt. Es heißt darin, daß die russischen Vorschläge einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Eine Stellungnahme zu den russischen Vorschlägen wird erst dann erfolgen, wenn auch Finnland das russische Angebot erhalten hat, was bis jetzt noch nicht der Fall war. (Z. U.)

### Verchiebung der russischen Manöver.

Moskau, 1. Juni. Im Hinblick auf die Ereignisse in Polen hat die Sowjetregierung beschlossen, die an der polnischen Grenze in Aussicht genommenen Manöver auf den Herbst zu verschieben. (Z. U.)

### Die fremdenfeindlichen Unruhen in Schanghai.

London, 31. Mai. Reuter berichtet ergänzend über die Unruhen in Schanghai, daß zahlreiche Ausländer gestern abend belästigt, mit Steinen beworfen und geschlagen wurden. Die Menge belagerte ein Haus, in dem mehrere Ausländer Zuflucht genommen haben. Eine Anzahl von Kraftwagen wurde beschlagnahmt. Die Polizei verhaftete heute vormittag drei Studenten, die aufreizende Flugblätter verteilten. (W. T. N.)

## Abstruse Verdächtigungen.

### Clash zum „Putsch“-Bericht des Berliner Polizei-Präsidiums.

Berlin, 1. Juni. Justizrat Clash hat an den preussischen Minister des Innern, Severing, ein Schreiben gerichtet zur Ergänzung dessen, was bisher die von der Abt. IA des Berliner Polizei-Präsidiums vor breitester Öffentlichkeit grundlos des Hochverrats beschuldigten gegen das Verfahren der politischen Polizei und des Amtlichen Preussischen Pressebüros vorgebracht haben. Er erklärt darin, daß die amtliche Auskunft des Referenten der Abt. IA, Herr Dr. Schmidt, Dr. Clash habe bei allen Punkten, auch beim Rapp-Putsch, die Hand im Spiele gehabt, der Wahrheit widerspricht, und fragt, woher die Abt. IA diese falschen Nachrichten habe, und, wie ihre Beamten es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, eine derartige Unwahrheit weiterzuerbreiten, die für jeden, der in der Zeitgeschichte einigermaßen zu Hause ist, als solche bekannt sein sollten.

In dem Schreiben heißt es weiter: Damit nicht genug. In dem zusammenfassenden Bericht der Abt. IA vom 12. Mai über den angeblichen Putschplan legt derselbe Herr Dr. Schmidt die Auffassung seiner Behörde über das bisherige Ergebnis der Ermittlungen dar. Was darin über die Ausföhrung des geplanten Unternehmens“ gesagt ist, stellt eine solche Fälschung von leicht erkennbaren Unmöglichkeiten dar, das schwer begreiflich ist, wie die politische Polizei solche Nachrichten als brauchbar ansehen und daraus ihr Vorgehen aufbauen konnte. Den Gipfel der Unsinnlichkeit und der Unverantwortlichkeit erreicht der Bericht des genannten Referenten mit der Behauptung: „Die Kreise sollen mit konservativen Kreisen Englands, insbesondere mit dem Minister Churchill, nahe Beziehungen pflegen, und es sollen aus Kreisen der englischen Krone im dynastischen Interesse laufende Geldmittel zur Unterstützung des Planes fließen.“

Die „Kreise“, d. h. außer mir die im Bericht vorher genannten Herren, deren reiner und unantastbarer Namen ich vermeide, in solchem Zusammenhang zu nennen, solche

Männer im landesverräterischen Bunde mit dem Feinde wider die derzeitige Regierung ihres Vaterlandes! Was sind das für Menschen, die der politischen Polizei so etwas melden! Wofür müssen diese Spitzel die Beamten der Abteilung IA halten, daß sie so etwas zu melden wagen! Endlich! Wie mangelhaft vorbereitet für ihre verantwortungsvollen Aufgaben, wie urteilslos müssen Beamte sein, die Derartige nicht nur gläubig hinnehmen, sondern amtlich vermerken!

Dr. Clash beantragt, augenblicklich in die seine Person betreffenden Akten der politischen Polizei Einsicht nehmen zu dürfen, damit er den Unwahrheiten, die darin über ihn niedergelegt sein müssen, auf dem Grund gehen und mit ihnen aufräumen kann, und fährt fort: „Sie können, auch wenn es sich um schärfste politische Gegner handelt, nicht wollen, daß die Abteilung IA eine Sammellese falscher Nachrichten bleibt, in wichtigen Fällen offenbar sogar ein Opfer von Betrügnern, die sie mit Erfindungen oder Entstellungen speisen! Gegen den Herr Dr. Schmidt beantragt Dr. Clash endlich die Eröffnung des Disziplinarverfahrens wegen Erteilung wahrheitswidriger amtlicher Auskunft hinsichtlich seiner, des Dr. Clash, angeblicher Beteiligung an früheren Putschen, besonders am Rapp-Putsch, und wegen der, aller Grundlagen entbehrenden, also dienstwidrigen Verdächtigungen unantastbarer Männer durch die Behauptung landesverräterischer Verbindungen mit England.“

### Neue Entlassungen bei Junkers.

Berlin, 1. Juni. Nachdem die vierwöchige Sperrfrist, auf deren Einhaltung das anhaltische Staatsministerium dem Reich gegenüber bestanden hatte, abgelaufen ist, sind Ende der vorigen Woche 700 Arbeiter der Junkers-Flugzeugwerke in Dessau entlassen worden. Das gleiche Los soll künftig etwa 800 Arbeiter treffen. Von den Entlassenen sind 75 zum 31. Mai gekündigt worden; weitere 90 sollen am 30. Juni entlassen werden.

### Kindiplomaten.

Von Dr. rer. pol. Dr. phil. Franz Thierfelder.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika läuft augenblicklich ein neuer antideutscher Hypefilm, in dem der Roman „mare nostrum“ des berühmten spanischen Literaten Blasco Ibanez zu einem gemeinen Propagandawerk gegen das Deutschland verarbeitet worden ist. Daß die in dieser Subleil auftretenden Deutschen unterschiedlos Fräulen und Karikaturen sind, ist selbstverständlich und kann nur den verwundern, der sich seit Locarno in dem verhängnisvollen Irrtum einer unaufhaltsamen internationalen Annäherung wiegt. In Wirklichkeit treibt die antideutsche (in diesem Falle natürlich französische) Lügenpropaganda noch immer neue, hoffnungsvolle Blüten, und solange sich nicht Deutschland endlich aufrafft und auf diesem Gebiete zum Gegenstoß übergeht, wird es nicht anders werden. Doch davon ist Deutschland — wenigstens das amtliche — weit entfernt. Die Furcht vor unvorhergesehenen Zwischenfällen, die in dem künftlichen Gebäude unserer außenpolitischen Illusionen herrscht, lähmt jeden energischen Willensakt und in unseren diplomatischen Auslandsvertretungen ist alles erwinischt, nur kein eindeutiges Ja oder Nein. Dieser Hypefilm hat nämlich noch ein trauriges Nachspiel — oder richtiger Vorspiel; denn ein ungläublicher Zwischenfall spielte sich ab, noch ehe der Film seine Reise durch die amerikanischen Lichtspielhäuser angetreten hatte.

Die Filmgesellschaft hatte nämlich die Unverschämtheit, zur Vorbereitung ihres Nachwerkes auch die deutsche diplomatische Vertretung einzuladen, höchstwahrscheinlich nur deshalb, um den zu erwartenden Anarissen ein unabweisbares deutsches Placet entgegenhalten können. Was würde wohl ein englischer Gesandtschaftsattaché gesagt haben, wenn er zu solch einem Pamphlet auf sein eigenes Volk eingeladen worden wäre? Er hätte wahrscheinlich nach wenigen Minuten unter scharfem Widerspruch das Lokal verlassen und dafür gefordert, daß seine Regierung den taktlosen Spekulant auf überhöhte Masseninstinkte unverzüglich das Handwerk lege. Nicht so der deutsche „Diplomat“, der das Sturzbad von Dohn und Berungstimpfung über sich ergehen ließ und am Schluß nur schüchtern bemerkte, er glaube nicht, daß der Film den Deutsch-Amerikanern sehr gefallen werde. Um jedoch die seiner Meinung nach schlimmste Entgleisung zu verhindern und zu zeigen, daß Deutschland keineswegs gelassen sei, sich „alles“ gefallen zu lassen, tat er etwas, was aller Würdelosigkeit die Krone aufsetzte. Er verlangte, daß ein Bild Hindenburgs, das in einer deutschen Spionagesentrale zu Neapel auf der weichen Wand zu sehen war, entfernt werden müsse und erklärte sich damit einverstanden, daß dafür das Porträt des Großadmirals von Tirpitz angebracht wurde.

Die Geschichte klingt so unfaßbar, daß noch immer ein Schein von Hoffnung besteht, sie könne erkunden oder wenigstens in dieser Form nicht wahr sein. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß die zuständigen amtlichen Stellen die Richtigkeit dieser Nachricht prüfen, jeder Deutsche wird herzlich froh sein, wenn sie widerrufen werden kann. Sollte es jedoch wirklich der Fall sein, daß ein deutscher Diplomat im Auslande glaubt, die Beschimpfung des Reichspräsidenten könne durch die Beschimpfung eines anderen Deutschen wieder gut gemacht werden, dann ist es höchste Zeit, ihm als gänzlich untauglich von seinem Posten zu entfernen. Sollte er aber gar durch diese Handlung, die innerpolitisch gesehen eine bedauerliche Verirrung, außenpolitisch betrachtet einen nicht wieder gut zu machenden Frevel am deutschen Volke darstellt, seiner parteipolitischen Gesinnung haben Ausdruck verleihen wollen, dann wäre es Sache der deutschen Gerichte, eine solche Würdelosigkeit geübend zu bestrafen.

### Die Reichsratsbevollmächtigten in Surhaven.

Berlin, 31. Mai. In Surhaven trafen gestern abend, von Wilhelmshaven über Delgostrand kommend, Mitglieder des Reichsrates zum Besuch Surhavens ein. Bei der Begrüßung durch den Hamburger Senat führte Bürgermeister Dr. Schramm aus Hamburg u. a. aus: Die Lage seines Lebensraumes wies Hamburg die Aufgabe zu, Mittler zu sein zwischen Deutschland und allen Ländern der Erde. Von jeder war es demütigt, diese seine Mission nach Kräften zu erfüllen — Voraussetzung dabei war und wird bleiben, daß es als freie Stadt seine ganzen Kräfte einseitig diesem Ziele widmen kann. In den Handelsstädten weiß man die Bedeutung staatlicher Selbständigkeit zu würdigen. Ich bin der Ansicht, daß man wertvolle Kräfte Deutschlands an der Entfaltung hindern werde, wenn man den Ländern und Stämmen die Möglichkeit nehmen werde, ihr kulturelles Leben nach ihrer Besonderheit und Eigenart frei zu gestalten. Aber wir Deutschen wissen auch, daß die Länder nichts sind ohne das Reich, und daß seinen Lebensinteressen sich alle Sonderwünsche unterzuordnen haben, die diesen entgegenstehen. Nicht Vielheit, sondern Einheit in Mannigfaltigkeit muß das Ziel unseres Strebens sein.

### Das Fürstenkompromiß vor dem Reichstage.

Berlin, 1. Juni. Am Reichstag ist die Realierungsvorlage zur Frage der Kirchenabfindung eingegangen. Sie umfaßt im ganzen 20 Paragraphen und bezieht sich eng an den letzten Kompromißantrag der Regierungsparteien an. Vom Reichstag ist die Vorlage bereits angenommen.